

Offener Mitgliederbrief

Liebe Kolleginnen und Kollegen...



Nr. 30. Mainz, 23.9.2011

**Unmittelbar nach seiner Ernennung im Mai 2011 ging Innenminister Roger Lewentz an die Arbeit. Die Schuldenbremsen im Grundgesetz der BRD und in der Verfassung von RLP lassen der Regierung keine Wahl. Innerhalb von 10 Jahren muss die Nettoneuverschuldung des Landes auf NULL (!) herunter.**

**Die Basisdaten:**

**Schuldenstand RLP: 34 Milliarden €,  
Nettoneuverschuldung 2010: 2,2 Milliarden €,  
Abbau in 10 Schritten: Pro Jahr 220 Millionen €.**

In Gesprächen mit Politikern, Behördenleitern, aber auch vielen Kolleginnen und Kollegen gewinnt man den Eindruck, dass viele immer noch nicht erfasst haben, was da auf uns zurollt!

Der Koalitionsvertrag legt die Stärke der Polizei auf 9.014 fest. Das bedeutet knapp 500 weniger als 2010. Die vom Finanzminister vorgesehenen Kürzungen im Haushalt 2012 decken bislang ca. 70 % der nötigen 220 Millionen € ab. Die restlichen 30 % müssen die Ministerien bringen. Das heißt für die Polizeiabteilung im Jahr 2012 ein Minus von ca. 7 Millionen €.

Noch einmal:

**Wir reden von 2012.**

**Wir reden vom ersten Zehntel.**

**Neun Zehntel werden noch folgen.**

Sechs Arbeitsgruppen sollen der Lenkungsgruppe unter Vorsitz des Leiters der Polizeiabteilung Joachim Laux Vorschläge zur „Optimierung“ der Polizeiorganisation entwerfen.

**Die GdP ist vertreten:**

LG: Heinz Werner Gabler, Ernst Scharbach,

AG 1 (Kripo): Gerald Gouasé, Bernd Becker,

AG 2: (Dienststellen): Tina Horn, Heinz Werner Gabler,

AG 3 (BAB): Gerhard Wagner, Ingo Schütte,

AG 4 (BP, FH, ZPT, WSP, LKA): Paul Mohr, Helmut Knerr,

AG 5 (Stäbe, FG): Udo Fremgen, Josef Schumacher,

AG 6 (Aufgabenkritik): Markus Stöhr, Margarethe Relet, Ernst Scharbach.

Vor Ort wurden ebenfalls Arbeitsgruppen eingesetzt, in denen weitere Kolleginnen und Kollegen der GdP die Interessen der Beschäftigten und der zu betreuenden Bürgerinnen und Bürger im Auge halten. Man erkennt: Minister Lewentz hat Wort gehalten und die Polizeibehörden und –einrichtungen, die Personalräte und die Gewerkschaften umfassend eingebunden.

Die GdP bescheinigt den Arbeitsgruppen saubere, analytische und umsichtige Arbeiten! Die abschließenden Ergebnisse liegen noch nicht vor. Die Lenkungsgruppe um Joachim Laux wird die Ergebnisse auswerten und sie der politischen Leitung des Innenministeriums vorlegen. Für die GdP ist aber jetzt schon absehbar, dass die Politik vergeblich auf die im nötigen Umfang erhofften Einspareffekte warten wird!

Die Polizei ist ausgelaugt. Jeder weitere Abbau ist eine Sünde wider die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung und die Arbeitsmoral der Polizistinnen und Polizisten.

## Was tun?

Weder die Polizistinnen und Polizisten, noch die Personalräte, noch die Gewerkschaft werden es schaffen, die Schuldenbremse wieder aus dem Grundgesetz und der Verfassung zu streichen. Verfassungsändernde Mehrheiten sind nicht in Sicht. Alternativ zur Streichorgie wären angemessene Steuererhöhungen, damit der Staat seine Aufgaben wahrnehmen kann. Die Gesetzgebungskompetenz liegt beim Bund. Auch dort ist die erforderliche Mehrheit nicht in Sicht.

Die Neoliberalen haben es also geschafft: Der Staat wird ins Abseits geschoben, marginalisiert. Erst rettet der Staat die Banken, Versicherungen, Hedgefonds pp. und nun ist er selbst pleite. Zum ‚Dank‘ fordern „die Finanzmärkte“ Kürzungen bei den Staatsausgaben, also gerade bei denen, die sie eben noch mit dem Geld der Steuerzahler gerettet haben.

Leider macht es keinen Spaß festzustellen, dass wir Gewerkschafter die Entwicklung schon vor 20 Jahren vorausgesagt haben. Auch viele ‚einfachen Leute‘, insbesondere die Zielgruppe der "BLÖD-Zeitung" an den Stammtischen, aber auch Konsumenten von FAZ, WELT, SPIEGEL pp. sind auf die Parolen der neoliberalen Propaganda hereingefallen.

## Ihr Markenzeichen: Die schwäbische Hausfrau!

Der Staat ist aber keine Hausfrau! Betriebswirtschaftliche Logik ist auf Staaten nur begrenzt übertragbar. In einer Volkswirtschaft hat der Staat eine wichtige, ordnende, zügelnde und stimulierende Funktion. Das wurde alles sträflich verkannt! Jetzt haben wir den Salat! Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen es ausbaden. Die Vorsorge für die Bürgerinnen und Bürger geht vor die Hunde.

## Was also tun?

Die GdP kämpft mit den anderen Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund gegen die neoliberale Zerschlagung unseres Staates und unseres Gemeinwesens, gerne verunglimpft als Hängematten-Sozialstaat!

## **Wir kämpfen für den Erhalt der staatlichen Kernaufgaben!**

Kein ernsthafter Diskutant wird bestreiten, dass unsere Polizei DIE Kernaufgabe darstellt! Unsere Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst bilden die klassische und unverzichtbare Basis jedweder staatlichen Ordnung.

Auch wenn andere gesellschaftliche Gruppen das Gleiche von sich behaupten mögen:

**WIR sind DER Kern der staatlichen Ordnung!**

**WIR bestehen darauf, dass die Polizei von den Streichungen ausgenommen wird!**

**WIR wollen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in Not rund um die Uhr in angemessener Reaktionszeit Hilfe durch die Polizei erfährt!**

**WIR fordern eine der Gefahr und der Verantwortung angemessene Entlohnung!**

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

lasst Euch nicht gegeneinander ausspielen! Kämpft mit Eurer Gewerkschaft gegen die Streichorgie. Überzeugt die Bürgerinnen und Bürger vor Ort von einer hochwertigen Polizeiarbeit. Lasst Euch nicht reduzieren auf Knollen schreiben und Verbrecher jagen. Kämpft für unsere Prävention z.B. in Kindergärten und Schulen.

**Zeigt Selbstbewusstsein!**

**Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten!**

**Helft mit!**

**Kämpft mit uns!**

Euer



Ernst Scharbach  
Landesvorsitzender